

Neuer Ansatz für linke Politik

Eine parteiübergreifende Bewegung möchte ein gerechteres Land

Die politische Linke ist in der Krise. Der Wählerzuspruch sinkt permanent, die Themensetzung orientiert sich mehr an Moral als an Bedarf, die innerparteilichen Kämpfe verschleifen zu viele Akteure und vergrätzen zu viele Wähler. In dieser Situation betritt ein weiterer linker Akteur die gesellschaftliche Bühne. Draußen!-Redakteur Michael Heß schreibt über ein politisches Novum.

Die Sache ist professionell aufgezogen. Ende letzten Jahres kursierten erste Gerüchte, um die Vorsitzende der Bundestagsfraktion der LINKEN, Sarah Wagenknecht, solle eine neue Bewegung für linke Politik entstehen. Mit dabei Wagenknechts Ehemann Oskar Lafontaine, ehemals SPD-Vorsitzender und später neben Gregor Gysi eine Ikone der LINKEN. Seitdem köchelt es in der Gerüchteküche; sparsam lancierte Meldungen hielten das Interesse groß. Am 4. August startete die Homepage der neuen Bewegung. Nach Angaben der Betreiber zeichneten 40.000 Menschen binnen Tagen die Mitgliedschaft. Anfang September sollen die Unterstützer insbesondere im politischen Bereich bekannt gegeben werden. Viele Namen kursierten beim Verfassen dieses Beitrags. Auch der von Simone Lange (SPD). Die Flensburger Oberbürgermeisterin fuhr zuletzt gegen Andrea Nahles ein achtbares Ergebnis bei der Wahl zur SPD-Vorsitzenden ein.



Aus dem Bereich der Kultur haben sich bereits der Schriftsteller Ingo Schulze, und der Liedermacher Konstantin Wecker geoutet.

„Aufstehen“ will keine neue Partei sein, sondern als parteiübergreifende Bewegung den neoliberalen Mainstream überwinden, der längst auch bei den Grünen, der SPD und der LINKEN zu Hause ist. Entsprechend sehen deren Themensetzungen aus. Bei den Grünen ist ohnehin zu bezweifeln, dass die noch eine linke Partei sind. Die SPD hat mit den Gesetzen von Hartz I bis Hartz IV faktisch ihre Kernklientel aufgegeben. Das Ergebnis ist ein permanenter politischer Sinkflug. Ebenso die LINKE; beide Parteien widmen sich der Verteilungsfrage nur noch am Rand. Diese war jedoch jahrzehntelang die Kernkompetenz der Linken. Stattdessen Minderheitenpolitik wie Ehe für alle – ja, Lösung des Wohnungsproblems – sorry. Dass die im Stich Gelassenen gar nicht mehr wählen oder sich eine neue, eine hellblaue Heimat suchen, erstaunt nicht.

Von vielen Medien wird die Bewegung kritisch betrachtet. Wie die Hamburger WELT, die „Aufstehen“ Wirtschaftskompetenz als Schlüssel für den Erfolg abspricht. Oder der Berliner TAGESSPIEGEL mit dem Vorwurf, Wagenknecht spiele Flüchtlinge und Prekariat gegeneinander aus. Wagenknecht dazu Anfang August im SPIEGEL: „Offene Grenzen nützen den Ärmsten überhaupt nichts, denn sie haben keine Chance, sich auf den Weg zu machen. Wir bekämpfen die Armut in Entwicklungsländern nicht dadurch, dass wir deren Mittelschicht nach Europa holen.“ Und die hier potenziell zu Konkurrenten gegenüber sozial Schwachen um knappe Arbeit und Wohnraum werden.

Dabei zeigen andere Länder, welche Potenziale in solchen konsequent auf der

Seite der Schwachen stehenden Bewegungen stecken. Bernie Sanders zeigte es in den USA, der sich im Wahlkampf 2016 überaus achtbar schlug. Oder Jean-Luc Mélenchons Bewegung „La France insoumise“ („Unbeugsames Frankreich“): aus dem Stand ein Fünftel der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2017. Oder die kraftvolle Wiederbelebung der siechen Labour Party in Großbritannien unter dem linken Vorsitzenden Jeremy Corbyn. Oder die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, heute Teil der Regierung. Andererseits sind die klassischen „linken“ Parteien in vielen europäischen Ländern marginalisiert – in Frankreich ebenso wie in den Niederlanden, in Italien, Polen, Ungarn und weiteren. Alle haben sie (reformistisch) versucht, Probleme zu mildern. Eine wirkliche Alternative zum Neoliberalismus konnten und wollten sie nicht bieten. Der enttäuschte Wähler hat gesprochen.

Nicht nur das Magazin CICERO räumt der Bewegung dagegen gute Chancen ein: „Linke Themen sind den Menschen wichtig. Von einer postmodernen Linken, die lieber Flüchtlinge als die Sozialsysteme verteidigt, fühlen sie sich aber im Stich gelassen.“ Entsprechend will „Aufstehen“ die tatsächlichen Probleme zwischen Altersarmut, Klimaschutz, Politikverdrossenheit, Schutz der Sozialsysteme, sozialen Wohnungsbau und Steuergerechtigkeit prononciert links angehen. Das Aufkommen der AfD zeigt die zunehmende Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen im bürgerlichen Lager an. Mit „Aufstehen“ gibt es nun ein Pendant im linken Lager und beides ist das Ergebnis, wenn alle anderen Parteien in die Mitte rücken, im Hoffen, dort genügend Wähler zu finden. In einem Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. d